

POLITIK UND GESELLSCHAFT

Seenotretter in Not – Sichere Häfen fehlen

Geesthacht (pmi) - Kürzlich hatte die SPD Geesthacht zu einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Situation der ehrenamtlichen Seenotrettung im Mittelmeer und den Gründen für Migration aus Afrika eingeladen. Knapp 35 Gäste konnten sich aus erster Hand über die aktuelle Situation im Mittelmeer und die Hintergründe informieren. Im Dialog mit Hans-Jürgen Menzel-Prachner vom Hamburger Ida-Ehre-Kulturverein berichtete Kapitän Ingo Werth – ehrenamtlicher Seenotretter der Initiative Resqship e.V. – von seinen Einsätzen, der Entwicklung der vergangenen Jahre und der aktuellen Situation. Ingo Werth war gerade von einem Einsatz zurückgekommen. Durch das Verbot der italienischen Regierung, die nächstgelegenen italienischen Häfen wie Lampedusa anzulaufen, wird die Situation an Bord der Schiffe immer unmenschlicher. »Für die heutige katastrophale Situation ist sehr langes Nichtstun der EU verantwortlich. Über viele Jahre sind Italien und Griechenland allein gelassen



Die Referenten.

Foto: Petra Burmeister/hfr

worden. Die Regelung, dass jeweils nur das EU-Land, an dessen Grenzen Flüchtlinge Europa erreichen, verantwortlich ist, ist falsch. Sie ist gescheitert«, plädierte Ingo Werth für eine solidarische EU-weite Ablösung der sogenannten Dublin-Vereinbarung. »Andere Häfen – wie manchmal gefordert – können wir nicht ansteuern. Das halten weder die Menschen, die wir an Bord nehmen, noch unsere Schiffe aus. Häufig haben zum Beispiel die Frauen und Kinder bereits lange Aufenthalte in lybischen Lagern

hinter sich. Menschenhandel, Vergewaltigungen und Folter sind dort an der Tagesordnung. Häfen wie Bremen oder auch Häfen an der spanischen Küste sind einfach zu weit entfernt.«

Volker Leptien vom Geesthachter Verein »Partnerschaft Afrika e.V.« hatte in seinem Statement einige Fluchtursachen geschildert. »Der Klimawandel und wirtschaftliche Interessen globaler Konzerne und großer Staaten rauben vielen Menschen in Afrika die Lebensgrundlagen. Selbst wenn es demokratische Struk-

turen gibt, behindern Ausbeutung und die Folgen des Klimawandels wie zum Beispiel ausgetrocknete Böden eine positive Entwicklung in vielen Ländern Afrikas. Zurzeit sind rund 70 Millionen Menschen auf der Flucht, die Zahl wird in den nächsten Jahren weiter steigen.«

»Uns ging es darum, über die Situation der privaten Seenotrettung im Mittelmeer ur Hintergründe zu informieren. Das ist heute Abend ein druckvoll gelungen. Inzwischen fordern Außenminister Heiko Maas und auch Bundeskanzlerin Merkel, die Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer wieder in staatliche Hände zu legen. Die privat organisierten Initiativen wie Sea Watch oder Resqship leisten Nothilfe. Hier benötigen wir andere Lösungen, mit der Bereitschaft, Seenot-Flüchtlinge in allen EU-Ländern zu versorgen. Und gleichzeitig brauchen wir deutlich größere Anstrengungen in der Entwicklungspolitik. Das wurde heute sehr deutlich«, zog Geesthachts SPD-Vorsitzende Petra Burmeister ein positives Fazit der Veranstaltung.